

endlich hat es sich klar herausgestellt, daß McClellan der Mann durchaus nicht sei, den man braucht. Er hat zwar anfänglich ziemlich rasch eine ungeheure Armee organisiert, allein er verstand schlechterdings nicht, sie geschickt und mit Umsicht zu führen; er hat zwar blutige Schlachten geschlagen, jedoch ohne die geringsten Erfolge; er hat schwierige Positionen eingenommen, hat sie dann mit ungeheuerem Aufwand von Zeit und Kräften besetzt, allein er verstand nicht, sie zu benutzen und zu halten, sondern er gab sie in der Regel wieder auf mit ungeheuerem Verlust an Menschen und Material; und daher eine große Armee Monate hindurch in ungeheuren Sumpfstrecken geradezu vermodern ließ, ist in ganz Nordamerika bekannt. So konnte es nicht fortgehen, wenn nicht die ganze Sache der Nordstaaten eine verlorene sein sollte. Der Präsident Lincoln ermannte sich endlich und McClellan wurde seines wichtigen Commandos enthoben.

Nun gibt es aber eine mächtige Partei in den Nordstaaten, die da steif und fest behauptet, dem General McClellan sei durch seine Absetzung himmelschreiendes Unrecht geschehen, und diese ganze Partei grölt jetzt, ja noch mehr; sie will das an dem bisherigen Obergeneral begangene Unrecht dadurch wieder gut machen, daß man ihn bei der nächsten Präsidentenwahl zum — Präsidenten der ganzen Union wählt. Ob dieser kühne Plan gelingen wird, ist noch sehr zu bezweifeln; allein es ist doch durch diese ganze Angelegenheit ein ziemlich ernstes Bewußtsein in die Parteien der Nordstaaten selbst gekommen, und das ist schlimm und beklagenswerth.

Wer übrigens den Ausgang des amerikanischen Unionskrieges auch nur mit einiger Gewißheit voraussagen wollte, der müßte ein sehr großer Prophet sein. Doch ist nach unserer Ansicht, gebaut auf den Gang der Entwicklung dieses Volkes seit seinem Auftreten unter den Nationen, und auf den Geist, welcher die Mehrzahl des Volkes, auch in den Nord- (Frei-) Staaten, beseelt, die größere Wahrscheinlichkeit dafür vorhanden, daß es schließlich zu keiner Wiedervereinigung der jetzt sich so blutig bekriegenden Theile zu einem organischen Ganzen kommen, sondern mit der Errichtung mehrerer selbstständigen Staatenbünde endigen werde. Freilich wird vorher noch viel Menschenblut fließen und die Erschöpfung und Schuldenlast der verschiedenen Staaten wird beim endlichen Friedensschlusse eine großartige sein!

Wir wenden uns nun zu den Nachrichten, die die neuen Zeitungen bringen.

### Kaiserstaat Oesterreich.

Der feierliche Schluß der Reichsraths-Session hat am 18. Decbr. Vormittags 11 Uhr stattgefunden, nachdem der Reichsrath am 17. Decbr. Abends in den großen Appartements der Hofburg auf erfolgte Einladung vom Kaiser empfangen worden war.

**Preußen.** Aus Berlin schreiben die neuesten Zeitungen: Der Justizminister hat neuerdings folgenden Erlaß über die Bethätigung der Justizbeamten an „politischen Agitationen“ ergehen lassen:

„Nach den Mittheilungen in öffentlichen Blättern betheiligen sich nicht selten Justizbeamte an politischen Agitationen, sei es als Leiter und Mitglieder von politischen Vereinen und Versammlungen, sei es durch Rundgebungen in öffentlichen Reden oder mittelst der Presse, oder durch Mitwirkung an Unternehmungen, welche auf die Leitung der öffentlichen Meinung über die gegenwärtigen Zustände im Lande und auf die Durchführung gewisser damit im Zusammenhang stehender Zwecke gerichtet sind.

Ein solches Verhalten der Justizbeamten wird in nicht seltenen Fällen auf deren amtliche Stellung eine Rückwirkung äußern und demzufolge auch auf das Urtheil ihrer Dienstvorgesetzten über ihre Qualifikation und Pflichttreue nicht ohne Einfluß sein, und es darf daher

von den letztern nach § 7 Tit. 2 Thl. III. des R. U. Ver. Ord. nicht unbeachtet gelassen werden.

Sie, Herr Präsident, werden deshalb hierdurch veranlaßt, von der politischen Thätigkeit der Justizbeamten in Ihrem Departement, sobald sie in bestimmten Thatsachen der bezeichneten Art hervortretend zur Erscheinung gelangt, sowie von der Richtung, in welcher sich diese Thätigkeit jedes Einzelnen der Letztern nach bewegt, ob sie

nämlich im Geiste der Treue und Ergebenheit an Se. Majestät den König und zur Unterstützung der Staatsregierung, ihrer Anordnungen und Maßnahmen

im entgegengegesetzten Sinne zu wirken beabsichtigt sind, Kenntnis zu nehmen und von dem in dieser Beziehung zu machenden Wahrnehmungen dem Justizminister unter Bezeichnung der betreffenden Beamten Anzeige zu erstatten.

Berlin, 1. December 1862.

Der Justizminister Graf zur Lippe.

Nach der angezogenen Bestimmung der Gerichtsordnung sollen die Präsidenten und Directoren der Justizcollegien auf das Privatleben der Mitglieder und Subalternen ihres Collegiums dahin Acht haben, daß dieselben einen anständigen, ihr Ansehen vor der Welt nicht gefährdenden Lebenswandel führen, und alle zur Entehrung ihrer Würde gereichenden Ausschweifungen und Niederträchtigkeiten sorgfältig vermeiden. — Der Abgeordnete für Wittenberg, der zur Disposition gestellte Staatsanwalt Schröder hat seinen Wählern eine Zuschrift zugehen lassen, worin es heißt: „Meinen Wählern zeige ich hierdurch an, daß die königliche Staatsregierung meine politischen Abstimmungen im Abgeordnetenhaus für unvereinbar mit meinem Amte gehalten hat. Nachdem ich einer mir gewordenen Andeutung, mein Mandat für das Abgeordnetenhaus niederzulegen, nachzugeben mich außer Stande erklärt habe, bin ich deshalb einstweilen in den Ruhestand versetzt worden.“ — Der „R. Z.“ zufolge soll zur Feier des 50jähr. Bestehens der Landwehr (17. März 1863) allen den noch lebenden früheren Landwehrmännern eine eigene Ordensdecoration verliehen und den noch im activen Militärdienste befindlichen Landwehrmännern eine Erhöhung der Charge zu Theil werden.

**Kurbessen.** In Kassel kam am 15. Decbr. in der öffentlichen Sitzung der Ständeversammlung zur Verhandlung des Berichtes des volkswirtschaftlichen Ausschusses über den Antrag des Abg. Sunkel, „die zwischen dem Zollverein und Frankreich verabredeten Zoll-, Handels- und Schifffahrtsverträge betreffend.“ Als der Schluß der Discussion vom Präsidium ausgesprochen war, erhob sich der Landtagscommissar und bemerkte: daß es der Regierung nur erwünscht sei, bevor dieselbe ihre Entschliessung über den fraglichen Vertrag abgebe, die Ansicht der Stände darüber zu vernehmen; von dieser Entschliessung hoffe er der Kammer schon in Bälde Mittheilung machen zu können. Bei der Abstimmung wurde der Ausschussantrag einstimmig angenommen. Derselbe lautet:

„Die kurfürstliche Staatsregierung zu ersuchen, den von der k. preuß. Regierung Namens des Zollvereins mit Frankreich abgeschlossenen Handels- und Schifffahrtsverträgen, desgleichen der Uebereinkunft über die Zollabfertigung des internationalen Verkehrs auf den Eisenbahnen und der Uebereinkunft wegen gegenseitigen Schutzes der Rechte an literarischen Erzeugnissen und Werken der Kunst beizutreten, und jene Anträge, insofern dadurch die bestehende Gesetzgebung eine Aenderung erleidet, zur Ertheilung der verfassungsmäßigen Zustimmung vorzulegen.“

**Frankreich.** Aus Paris melden die neuesten Zeitungen: Einem Telegramm aus Athen zufolge ist Lord Elliot mit einer Specialcomission daselbst eingetroffen, welche die Empfehlung König Ferdinand's von Portugal als Candidaten für den griechischen Thron zum Zweck hat; auch soll die Abtretung der ionischen Inseln an Griechenland in Aussicht gestellt sein. (Vergl. jedoch unten Griechenland.) Die

SLUB  
Wir führen Wissen.